

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Waizen u. der Bürgermeister zu Bischofswerda u. Neukirch (L.) bestelltes bestimmtes Blatt u. enthält ferner die Bekanntmachungen des Finanzamts zu Bischofswerda u. and. Behörden.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkundliche Beilage Frau und Heim - Landwirtschaftliche Beilage - Druck und Verlag von Friedrich May in Bischofswerda - Postfach-Konto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassens Bischofswerda Konto Nr. 64

Erhebungspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines Monats: Frei ins Haus halbjährlich RM. 1,10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 4 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.)

Zeitung Nr. 444 und 445
Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Beförderungseinrichtungen durch höhere Gewalt hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung, oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 46 mm breite einseitige Millimeterzeile 8 Pf. Im Zeitteil die 90 mm breite Millimeterzeile 25 Pf. Nachfolgend nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 215

Mittwoch, den 14. September 1938

93. Jahrgang

Wieder 13 Todesopfer des Tschedenerrors / Unzählige Schwerverletzte

Umkehrung der Wahrheit

Überblickt man die Spalten der Auslandspresse, soweit sie die geschichtliche Rede des Führers zum Thema haben, so sieht man viel ungerichtetes Zeug und entdeckt nur wenige vernünftige Gedankengänge. Aber eine Feststellung gibt es, die in mehr oder weniger abgewandelter Form in fast allen Blättern wiederkehrt: daß es nämlich recht und billig sei, wenn nunmehr die Sudetendeutschen über ihr Schicksal selbst bestimmen sollten. Es wäre ja auch in der Tat eine der größten Tragikombiden der Weltgeschichte, wenn jene demokratischen Mächte, die angeblich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker einst in den Krieg zogen und unter diesem Vorwand namenloses Leid über die Menschheit brachten, heute sich der Verwirklichung dieses Grundgesetzes in der Tscheco-Slowakei gewalttätig widersetzen wollten. Kein Mensch und am wenigsten das nationalsozialistische Deutschland nimmt Anstoß daran, daß zahlenmäßig so kleine Völker wie etwa die Dänen, die Norweger, die Litauer, die Esten usw., die allesamt nicht die Stärke und Volkszahl der Sudetendeutschen erreichen, einen eigenen Staat bilden. Um so weniger aber kann es gebührend werden, daß man dem hochkultivierten und politisch gereiften deutschen Bevölkerungsteil im tschechischen Willkürstaat dieses Recht noch weiter verweigern will. Wer unter den Auslandspolitikern und demokratischen Staatsmännern das nicht einsehen will, der macht sich nicht nur lächerlich in den Augen der Welt, sondern auch mitschuldig an dem Blut, das Tag für Tag in Böhmen vergossen wird und das wohl nach dem Willen des tschechischen Pöbels solange fließen soll, bis das Deutschland in diesem Lande ausgerottet ist. Freilich genügt es auch nicht, das Prinzip der Selbstbestimmung mit wohlgeheißenen Worten als bloß „demokratisch und erörterungsfähig“ hinzustellen, wie es die Londoner „Times“ tut, sondern es muß nun endlich nach diesem Prinzip auch gehandelt werden. Akademische Erörterungen sind zwar zweifellos lang ohne den geringsten Erfolg gepflogen worden, was allerdings die „Times“ als Vorführerin der „ernstzunehmenden“ Demokratienprelle anscheinend gern bestritten möchte.

Dieses Blatt hat sich, nämlich die Freiheit erlaubt, die Feststellung des Führers, daß 3,5 Millionen Deutsche von 7 Millionen Tscheden gesquält und unterdrückt werden, als eine „absurde Verwerfung der Wahrheit“ zu bezeichnen und darüber hinaus zu behaupten, der Führer habe sich die an den Haaren herbeigezogenen Behauptungen der deutschen Presse wegen der Unterdrückung der Sudetendeutschen zu eigen gemacht. In der Tat, eine Verwerfung, eine Umkehrung der Wahrheit liegt hier vor. Aber diese Geschichtsfälschung ist nicht von deutscher Seite, sondern von der „Times“ versucht worden. Denn woher nimmt dieses Blatt, das sich gern ein öffentliches Institut zur Wahrung der britischen Interessen nennt, den traurigen Mut, die tschechischen Unterdrückter und ihre höchst zweifelhaften Interessen zu verteidigen? Hat dieses Blatt, das über eigene Berichterstatter in allen Ländern der Erde, über ein ausgezeichnetes Archiv und über ein umfassendes politisches Wissen verfügt, noch nie davon gehört, daß die sudetendeutschen Bauern zu Zehntausenden von ihrem angestammten Hof verjagt, daß die sudetendeutschen Beamten und Angestellten zu Zehntausenden aus den öffentlichen Ämtern vertrieben, daß die sudetendeutschen Kinder zu Zehntausenden aus ihren Schulen entfernt und mit Gewalt in die tschechischen Behranstalten überführt wurden? Weiß die „Times“ nicht, daß schon über hundert Sudetendeutsche seit 1918 ermordet und ungezählte Tausende verwundet oder grundlos eingekerkert wurden? Ist es der „Times“ nicht bekannt, daß im sudetendeutschen Gebiet die höchste Selbstmordziffer Europas amtlich festgestellt wurde, daß die Prager Regierung planmäßig das wirtschaftliche Leben in diesem Lande vernichtete und so eine Arbeitslosen-Armee schuf, die im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr als doppelt so hoch war und ist als die Arbeitslosenziffer in den tschechischen Gebieten? Nein, wir können nicht annehmen, daß die „Times“ um den zwanzigjährigen Ausrottungs- und Ausplünderungszug der Tscheden gegen das Sudetendeutentum nicht Bescheid wüßte. Es ist vielmehr eine bewusste Lüge gewesen, wenn die „Times“ ihre Leser glauben machen wollte, die Beschwerden der deutschen Presse seien an den Haaren herbeigezogen und die Sudetendeutschen niemals unterdrückt worden. Daß wir in diesem Falle das erste Blatt Londons in den Arns der niederen Hehorgane stellen müssen, ist vielleicht lächerlich, aber auch sehr notwendig. Man soll sich jenseits des Kanals nicht der trügerischen Hoffnung hingeben, als ob wir wie 1914 der Vergiftung der Weltmeinung latentlos zusehen würden.

Im gesamten sudetendeutschen Gebiet rast als Antwort auf die große Friedensrede des Führers der tschechische Terror. Soldateska, sog. „Staatspolizei“, und kommunistischer Pöbel haben in unzähligen Orten Überfälle auf die friedliche deutsche Bevölkerung verübt oder aus dem Hinterhalt deutsche Männer feige getötet. So wurde in Kufflig ein 19jähriger Deutscher aus dem Hinterhalt durch ein Dummgeschloß niedergestreckt. In Tschau wurde eine Kundgebung auf dem Marktplatz beschossen, ein Toter, sieben Schwerverletzte sind die Opfer. Bei Marienbad mordete ein Polizeiwachmann einen Deutschen in seinem Kraftwagen. In Pirken ein Toter. In Habersbirk überfiel Gendarmerie eine friedliche Kundgebung - 3 Deutsche erschossen. In Haseibach wurde ein weiterer SDP-Mann niedergeschossen. Insgesamt sind bis jetzt 13 Tote und unzählige Schwerverletzte zu beklagen. Darüber hinaus terrorisiert bis an die Zähne bewaffnete Gendarmerie und Militär mit Panzerwagen das deutsche Sudetenland. In Eger feuerte ein Polizeibeamter sogar auf den britischen Beobachter Major Sutton Pratt, glücklicherweise ohne ihn zu treffen. Ausführliche Meldungen an anderer Stelle.

Die Sudetendeutschen verhandeln nicht mehr

Die Voraussetzungen nicht mehr gegeben

14. September. Konrad Gelein hat am Dienstag mit der Verhandlungsdelegation die Lage geäußert. Es wurde festgestellt, daß mit Rücksicht auf die Vorfälle der letzten 24 Stunden, und da die Forderungen, die die SDP stellte, nicht erfüllt wurden, die Voraussetzungen für eine weitere Fortführung der Verhandlungen im Sinne des bisherigen Auftrages nicht mehr gegeben seien. Konrad Gelein hat deshalb die Delegation ihres Auftrages entbunden u. den Abg. Runtz, Abg. Dr. Peters, Abg. Dr. Roske, Dr. Sebestowitsch und Dr. Schildfang für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit gedankt.

Vier nicht erfüllte Forderungen Geleins

In einer gemeinsamen Sitzung in Eger brüßte der Politische Ausschuss und die Verhandlungsdelegation der SDP am Dienstagmittag die am Montag und Dienstag durch die Zwischenfälle und die Maßnahmen der Regierung geschaffene politische Lage. Es wurde eine Mitteilung ausgegeben, in der es u. a. heißt: „Nachdem eine große Zahl Sudetendeutscher durch Staatsorgane und tschechische Grenzler getötet und verletzt worden ist, sieht sich die Führung der Sudetendeutschen Partei außerstande, frei und uneingeschränkt über Recht und Schicksal des Sudetendeutentums mit der Regierung zu verhandeln, wenn die Regierung nicht folgende Maßnahmen trifft:

1. Die Erklärung des Standrechts wird sofort zurückgenommen.
 2. Aus allen Bezirken mit deutscher Bevölkerungsmehrheit wird die Staatspolizei zurückgezogen. Die Ausübung der Polizeigewalt wird den Bürgermeistern und Gemeindevorstehern übertragen, die auch durch die Einrichtung der entsprechenden Erörgergane für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen haben.
 3. Die Gendarmerie und alle übrigen Organe der SDP sind auf ihre normalen Funktionen und ihren normalen Stand zu beschränken. Sie haben gleichzeitig mit der Zurückziehung der Staatspolizei das Einberufen mit den Bürgermeistern und Gemeindevorstehern herzustellen, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden.
 4. Sämtliche militärische Formationen sind in ihren Abteilungen und in rein militärischen Objekten zu kasernieren. Sie sind von der Zivilbevölkerung fernzuhalten.
- Falls diese Forderungen des Sudetendeutentums zur Herstellung eines normalen Zustandes, unter dem allein verhandelt werden kann, nicht binnen sechs Stunden angenommen, angeordnet, veröffentlicht und insbesondere durch den Rundfunk verbreitet werden, lehnt die Führung der Sudetendeutschen Partei jede Verantwortung für die weitere Entwicklung ab.
- Diese Forderungen wurden in der verlangten Frist von 6 Stunden nicht erfüllt. Daraufhin hat Konrad Gelein, wie oben mitgeteilt, nach einer erneuten Prüfung der Lage die sudetendeutsche Verhandlungsdelegation von ihrem Auftrag entbunden.

Schärfste Sprache Italiens gegen Prag Selbstbestimmung - die kategorische Forderung des Tages

Verhängung des Standrechts - eine verbrecherische Verrücktheit

Mailand, 14. Sept. (Eig. Funkm.) Die offizielle Stellungnahme Italiens gegen den Zustand der dauernden Unruhe und Anordnung, der durch die unsinnige und verantwortungslose Haltung der tschechischen Staatsführung heraufbeschworen wurde, beherrscht heute völlig die norditalienische Presse. In Schlagzeilen verkünden die Zeitungen die bedeutungsvolle italienische Erklärung in der „Informations Diplomatica“, die als eine eindringliche Warnung in entscheidenden Augenblicken bezeichnet wird.

„Selbstbestimmung“ steht der „Popolo d'Italia“ als kategorische Forderung des Tages über seinen Leitartikel. Die Zeit schreibt rasch vorwärts und neue Situationen reifen, heißt es darin. Nach der Nichtannahme der Forderungen hienies durch die Tscheden und nach der Nürnberger Führerrede sei die Phase von Karlsbad historisch überlebt. Die Lage des tschechisch-slowakischen Staates erscheine immer unerträglicher. Man stehe nun in der Phase der Selbstbestimmung. Das Recht der Sudetendeutschen, ihr eigenes Schicksal zu wählen,

len, könne nicht bestritten werden, am allerwenigsten von den westlichen Demokratien. Es sei das Recht der Völker und der Nationen. Die Sudetendeutschen, die Ungarn, die Slowaken, Polen, Ruthenen und die anderen Nationalitäten, die von Prag unterworfen wurden, seien keine Minderheiten, über die man hinweggehen könne. Es seien Millionen von Menschen, die in dem Staat die Mehrheit bildeten. Die herrschenden Tscheden stellten die Minderheit dar. Zunächst habe Beneß eine Art „Verschweigerung“ versprochen. Aber das Versprechen der Teilung des Staates in Kantone wurde nicht eingehalten. Selbst Lloyd George, einer der Verantwortlichen von Versailles, habe vor kurzem den Irrtum eingesehen. Die berühmten 8 Punkte von Karlsbad hätten ohne weiteres angenommen werden können. Sie entsprächen dem früheren Programm Beneßs. Es sei eigenartig, daß der Ausweg, den Prag hätte einschlagen müssen, von den Sudetendeutschen aufgezeigt worden war. Die ganze Geschichte von Versailles sei ein ungeheures Gesamtwerk von Ungerechtigkeiten und Irrtümern. Beneß sei in nicht wiedergutmachender Weise in der Zeit zurück. Prag sei es, das das Kompromiß von Karlsbad zerstört habe.

Zahlreiche Pseudostaatmänner tappten im Dunkel und suchten einen Ausweg, der es ermöglichen würde, das „Gesicht zu wahren“. Aber in Rom sehe man klar: Es gäbe zwei Auswege:

Entweder die Abtrennung der Sudetendeutschen aus dem Staat, in dem sie fremd geworden seien, oder den Beginn einer schweren und chaotischen Krise. Das erste sei die Lösung der Ordnung und des Friedens, das zweite die bolschewistische Lösung. Die Aufgabe Lord Runcimans müsse auf die Lösung der Ordnung und des Friedens gerichtet sein, die das Interesse Europas und der Welt forderten. Der „Popolo d'Italia“ bezeichnet weiter die teilweise Proklamierung des Belagerungsstandes in der Tscheco-

Im übrigen brauchen wir uns wohl mit geschichtlichen Erinnerungen an die Schreckensherrschaft der Tscheden nicht aufzuhalten. Die Gegenwart selbst strahlt die „Times“ lägen, die soeben von ihren tschechischen Freunden einen Schlag ins Gesicht erhalten hat. Denn im gleichen Augenblick, da man in der Londoner Redaktion die Sanftmut und den Verschönerungswillen der Tscheden rühmte, tobte sich die Wut der tschechischen Banditen erneut an der wehrlosen sudetendeutschen Bevölkerung aus, verhängte die Prager Regierung das Standrecht über die sudetendeutschen Bezirke und verbot ausnahmslos alle Versammlungen. Ist das keine Bedrückung? Die Toten von Kufflig, Eger und Tschau klagen an, ihre Stimme wird das Gewissen der Welt aufrütteln, auch wenn es den Zeitungsschreibern in London nicht poßt.